
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Kündigungsmoratorium: Verlust von Kleingärten durch Inflation und Energiekrise verhindern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Kleingartenbeirat und den Landes- und Bezirksverbänden der Berliner Kleingärtner:innen ein Kündigungsmoratorium für das Jahr 2023 aufzusetzen, um einen Verlust des Kleingartens bei Zahlungsunfähigkeit der Pächterinnen und Pächter im Hinblick auf die jährliche Pacht aufgrund der aktuellen Krise zu verhindern. Dieses Moratorium soll mindestens für die landeseigenen Kleingartenflächen gelten, möglichst aber auch private Flächen umfassen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Mai 2023 zu berichten.

Begründung

Von der durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelösten Energiekrise sind alle Lebensbereiche betroffen. Auch nach den erheblichen Entlastungen durch die Bundes- und Landespolitik werden die Ausgaben der Berliner Privathaushalte für Lebens- und Energiekosten einen höheren Anteil einnehmen. Vor diesem Hintergrund besteht in sozialen Härtefällen die Gefahr, dass die Pacht eines Kleingartens bei über 70.000 Kleingärtner:innen in dieser Stadt zu einer für die Betroffenen nur schwer zu stemmenden Ausgabe werden kann. Der potenzielle Verlust des Kleingartens für die wirtschaftlich Schwächsten soll mit einem Moratorium der Pachtzahlungen, mindestens für die Kleingartenflächen, die dem Land Berlin selbst gehören, durch individuelle Lösungen abgewendet werden.

Denn gewachsene soziale Strukturen und die jahrelange Pflege eines wichtigen Naturraums in der Stadt durch die Kleingärtner:innen dürfen nicht zum Kollateralschaden eines Angriffskriegs Russlands werden.

Berlin, 8. Februar 2023

Saleh Hofer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Gennburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke